

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

PRÄSIDIUM

Zl. 00 0301/41-Pr.1/86

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien 51 433

Telefax 5089 / Kl. 1312

Durchwahl

Richterdienstgesetz;

Sachbearbeiter: Dr. Binder

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Richterdienstgesetz (Richterdienst-  
gesetz-Novelle 1986), das Gerichtsorga-  
nisationsgesetz und die Reisegebühren-  
vorschrift 1955 geändert werden;  
Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	109 - GE 986
Datum:	10. NOV. 1986
Verteilt	11.11.1986 Pöschl

An das

PRÄSIDIUM des Nationalrates

Parlament  
1017 WIEN

*Dr. Wassermann*

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich in der  
Anlage seine Stellungnahme zu dem im Betreff genannten  
vom Bundeskanzleramt versendeten Entwurf eines Bundes-  
gesetzes in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlage

5. November 1986

Für den Bundesminister:

Dr. Horak

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Brundp*

## BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

## PRÄSIDIUM

Zl. 05 0301/41-Pr.1/86

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien 51 433  
Telefon ~~5088~~ / Kl. 1312  
Durchwahl

Richterdienstgesetz;

Sachbearbeiter: Dr. Binder

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Richterdienstgesetz (Richterdienst-  
gesetz-Novelle 1986), das Gerichtsorgani-  
sationsgesetz und die Reisegebührenvor-  
schrift 1955 geändert werden;  
Stellungnahme

An das  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1014 W I E N

Bezugnehmend auf die do. Note vom 23. September 1986,  
GZ 921.105/12-II/A/1/86, beehrt sich das Bundesministe-  
rium für Finanzen zu dem im Betreff bezeichneten Ent-  
wurf eines Bundesgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 2 Abs.2:

Dem Art. 18 Abs.1 in Verbindung mit Art. 130 Abs.2 B-VG  
entsprechend sollte genauer festgelegt werden, in welchem  
Sinn das Ermessen auszuüben ist. Zu diesem Zweck könnte  
etwa der letzte Halbsatz der Erläuternden Bemerkungen  
zu dieser Gesetzesstelle ins Gesetz selbst übernommen  
werden: "Das Ausmaß, in welchem die Gerichtspraxis ver-  
kürzt werden kann, richtet sich nach dem Verwendungser-  
folg, dem Arbeitsgebiet und der Dauer der bisherigen  
Rechtspflegertätigkeit."

Zu § 7 Abs.2 Z.1:

Als Kündigungsgrund sollte auch das nachträgliche Hervor-  
kommen des Nichtvorliegens eines Aufnahmeerfordernisses  
enthalten sein (etwa "Mangel oder Wegfall ...").

- 2 -

Zu § 9a Abs.5:

Es sollte zur Klarstellung nach "Erfüllungsgehilfen" der Passus "... gegenüber Dritten ..." eingefügt werden.

Durch den Ausschluß der Anwendung des Amtshaftungsgesetzes haftet die Republik Österreich dem Anwalt gegenüber auch nicht für aus der Zuteilung resultierende Schäden (etwa Zuteilung eines Untauglichen). Sollte ein solcher Haftungsausschluß nicht bezweckt sein, wäre gegebenenfalls in der letzten Zeile von Absatz 5 nach "sind" einzufügen: "... mit Ausnahme der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen des Rechtsanwaltes, die aus der grob fahrlässigen Zuteilung eines untauglichen Richteramtsanwärters oder eines Richteramtsanwärters, der die Voraussetzungen zur Kündigung gemäß § 7 Abs.2 Z.5 im Zeitpunkt der Zuteilung nicht erfüllt hat, ...".

Zu § 9a Abs.7:

Falls im Versicherungsvertrag die Person des Rechtsanwaltes anzuführen ist, wäre dem Richteramtsanwärter der Name des Rechtsanwaltes so rechtzeitig bekanntzugeben, daß der Richteramtsanwärter in die Lage versetzt wird, das Versicherungsverhältnis fristgerecht einzugehen. Dies könnte erforderlichenfalls gesetzlich festgelegt werden.

Zu § 17: \_

Durch diese Bestimmung wären Angehörige der Finanzprokuratur von der Funktion als Prüfungskommissäre ausgeschlossen.

- 3 -

Das Bundesministerium für Finanzen erlaubt sich darauf hinzuweisen, daß Höhere Beamte der Finanzprokuratorat bereits seit Jahrzehnten als Prüfungskommissäre tätig sind.

Sollte der Gesetzgeber den Ausschluß von Beamten der Finanzprokuratorat aus dem Kreis der als Prüfungskommissäre in Betracht kommenden Personen nicht beabsichtigen, wäre in der vorletzten Zeile von § 17 nach dem Klammerausdruck das Wort "oder" zu streichen und folgendes einzufügen: "..., die Voraussetzungen für eine Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte erfüllen oder ...".

Zu § 26 Abs.1:

Die Finanzprokuratorat erachtet die Streichung des letzten Satzes der alten Fassung ("die RA-Prüfung ersetzt die RiA-Prüfung") durch Art. V des Rechtsanwaltsprüfungsgesetzes für unzweckmäßig; es sollte daher jener letzte Satz wieder angefügt werden. Die Möglichkeit der Ernennung von Rechtsanwälten und geprüften Beamten der Finanzprokuratorat zu Richtern hat sich in der Vergangenheit für die Justiz von Nutzen erwiesen. In Zeiten plötzlichen Bedarfes an zusätzlichen Richtern, z.B. infolge Schaffung neuer Gerichte, kommt einer solchen Möglichkeit noch erhöhte Bedeutung zu.

Zu § 70a Abs.5:

Diese Bestimmung sollte durch einen Satz ergänzt werden: "Die Abs.1 bis 4 gelten sinngemäß." Dies würde dem letzten Satz von § 80 Abs.8 BDG 1979 entsprechen.

- 4 -

Zu den Kosten:

Laut den Erläuterungen werden durch diesen Gesetzentwurf im vorhinein nicht genau meßbare Mehrkosten von etwa 1 Mio. S jährlich erwachsen. Das Bundesministerium für Finanzen beeht sich darauf hinzuweisen, daß die mit der Gesetzwerdung verbundenen Mehrkosten von etwa 1 Mio. S jährlich keinesfalls erheblich überschritten werden sollten.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

5. November 1986

Für den Bundesminister:

Dr. Horak

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*B. Horak*